

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Die Bauarbeiten in der Landesbank-Baugrube werden wieder weitergeführt

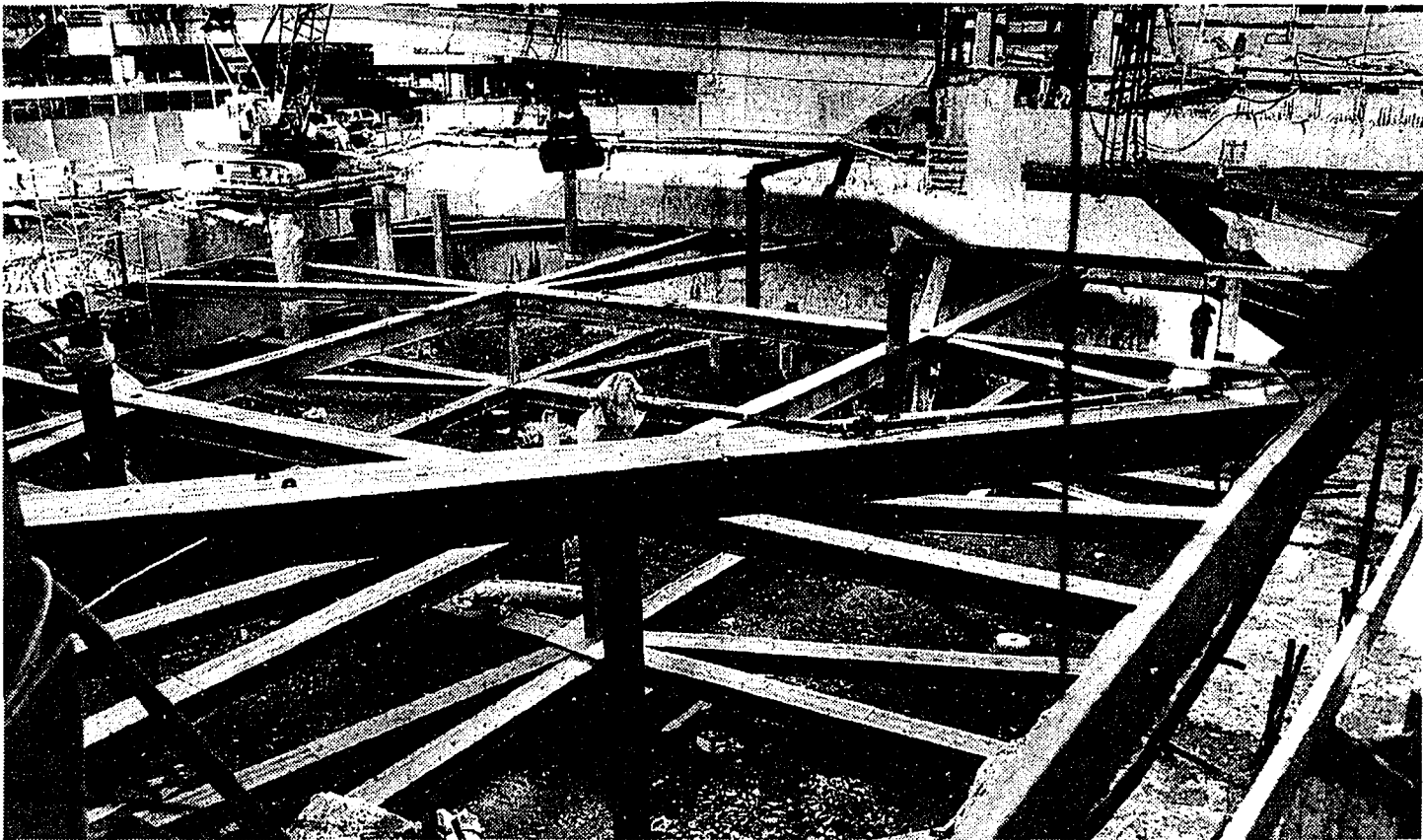
Unterfangung des Landesmuseums trug zur Stabilisierung bei – Experten sind zuversichtlich, dass Sicherheit von Landesmuseum und Verweserhaus gewährleistet ist

(G. M.) – Die Bauarbeiten beim Neubau der Liechtensteinischen Landesbank, die wegen der Schädigung des Landesmuseums unterbrochen wurden, sollen in diesen Tagen wiederaufgenommen werden. Die Arbeiten in der Baugrube ruhten seit August 1992. In dieser Zeit wurde die Fundamentierung des Landesmuseums untersucht und ein Verfahren zur Verfestigung des Untergrundes angewendet. Nach Auskunft von Wolfgang Matt, zuständig für die Abteilung «Dienste» bei der Landesbank, sind alle Vorkehrungen getroffen worden, so dass nach Auffassung von Bauprofilen nicht mehr mit weiteren Schäden am Landesmuseum und am Verweserhaus zu rechnen ist.

Im Zuge der Bauarbeiten für die Errichtung des Kundenneubaus der Liechtensteinischen Landesbank an der Städtlestrasse traten Geländesetzungen beim Liechtensteinischen Landesmuseum auf. Die Folgen der Erschütterungen durch die Bauarbeiten, den Strassenverkehr und die Erdstöße beim Erdbeben im vergangenen Jahr zeigten sich in erheblichen Rissbildungen im äusseren und inneren Mauerwerk dieses historischen Gebäudes. Noch im Mai 1992 erklärte die Regierung, dass trotz des starken Erdbebens «die Sicherheit und Stabilität des Landesmuseums zum jetzigen Zeitpunkt nicht gefährdet» sei.

### Bauarbeiten unterbrochen

Schon vorher hatte Zweckoptimismus die Aussagen der Regierung geprägt. In einem Bericht an den Landtag hiess es, «dass die bisher aufgetretenen Risse am Gebäude des Landesmuseums keine Gefährdung des Baubestandes darstellen und somit die Weiterführung des Museumsbetriebes bis auf weiteres gewährleistet ist». Dennoch musste, nachdem die Fürst von Liechtenstein-Stiftung ihre wertvollen Kunstgegenstände und die



Die Bauarbeiten beim Neubau der Liechtensteinischen Landesbank, die im vergangenen August wegen Schädigungen am Landesmuseum eingestellt wurden, sollen in diesen Tagen wieder aufgenommen werden. Unser Bild zeigt die tiefe Baugrube, in der die Arbeiten bis zur Verfestigung des Untergrundes beim Landesmuseum ruhten.

Prunkwaffen vorsorglich in das Depot auf Schloss Vaduz zurückgenommen hatte, das Landesmuseum kurze Zeit später geschlossen werden. Die Museumsstücke sind seither in einem Provisorium in Triesen eingelagert, die Ausichten auf eine Wiedereröffnung des Landesmuseums sind auf Jahre hinaus geschwunden.

Auch die Bauarbeiten beim Landesbank-Neubau wurden im August unterbrochen, nachdem sich das auf einer schlechten Fundation stehende Landes-

museum weiter gesenkt hatte, unterbrochen werden.

### Verfestigung des Untergrundes

Seit der Unterbrechung der Bauarbeiten in der tiefen Baugrube wurden auf der gegenüberliegenden Strassenseite Sicherungsmassnahmen durchgeführt, um eine Verfestigung des Untergrundes zu erreichen. Gleichzeitig erfolgte auch die Kontrolle des Bauzustandes beim Verweserhaus, das in den letzten Monaten ebenfalls verschiedene Risse am äus-

seren Mauerwerk zeigte. Im Landesmuseum selbst wurden auch Stützen eingebaut, um die Stabilität des Gebäudes zu erhöhen. Nach Auskunft von Norbert W. Hasler, Leiter des Landesmuseums, haben sich die Verhältnisse stabilisiert. Allerdings gibt er zu bedenken, dass in den letzten Monaten keine Bauarbeiten mehr durchgeführt wurden und zudem teilweise Frost herrschte. Wie die Auswirkungen sind, wenn die Bauarbeiten beim Neubau der Landesbank wieder aufgenommen werden, wird sich nach seinen Worten bald herausstellen.

### Künftige Bauarbeiten optimiert

In der Baugrube werden nach Auskunft von Wolfgang Matt die Bauarbeiten planmässig durchgeführt, doch erfolgte eine Optimierung des Bauablaufs. Künftig soll in ganz kleinen Bauschritten vorgegangen werden, um jede Schädigung möglichst auszuschliessen. Zwischenzeitlich sind auch verschiedene Abklärungen im Baugrund vorgenommen worden, wobei nach Angaben von Wolfgang Matt die Expertenberichte zeigten, dass ein Verzicht auf das dritte Untergeschoss kein Stabilisierungsfaktor darstellen würde. Mit anderen Worten: Die Landesbank bald im vorgesehene Umfang weiter, allerdings mit einem verfeinerten Verfahren beim Einbau der Bodenplatte. Die Experten rechnen nach seinen Worten nicht mehr damit, dass nach der Unterfangung des Landesmuseums mit weiteren Senkungen des Gebäudes gerechnet werden muss. Freilich kann dafür niemand eine Garantie übernehmen, so dass ein Restrisiko übrigbleibt.

### Verzögerungen für Bank und Museum

Die Schädigungen beim Landesmuseum haben zu einer erheblichen Zeitverzögerung beim Landesbank-Neubau geführt. Aber auch das Landesmuseum, das nach ersten optimistischen Angaben der Regierung bald wieder geöffnet sein sollte, wird seine Pforten noch nicht so schnell öffnen: Bevor das Landesbank-Gebäude nicht einigermaßen im Rohbau bereitsteht, dürfte wohl kaum mit Wiederherstellungsarbeiten begonnen werden. Frühestens in einem Jahr, liess die Regierung erlauten, erfolgten die Restaurierungsarbeiten. Bis die Eröffnung des Landesmuseums, das derzeit den Vergleich mit einer Ruine nicht scheuen braucht, wieder geöffnet werden kann, dürften wohl etwa fünf Jahre vergehen.

## Mit Steuererhöhungen die Zukunft bewältigen

Auswirkungen der auf Ausgabefreudigkeit angelegten VU-Finanzpolitik der letzten Jahre auf Steuern und Abgaben

(G. M.) – In diesen Wochen ist wieder viel von Zukunft und Zukunftsbewältigung die Rede. Auch die Finanzplanung 1993–1997 stellt einen Blick in die Zukunft dar, die allerdings durch veränderte Perspektiven gekennzeichnet ist. Die Warnungen an die Adresse der VU-Finanzpolitik, dass über Jahre hinweg nicht höhere Zuwachsraten bei der Ausgabenentwicklung als beim Einwohnerwachstum verkräftet werden kann, begannen sich in dieser Planung mit dem Gedanken an Steuer- und Abgabenerhöhungen zu konkretisieren.

«Verantwortungsvolle Finanzpolitik schafft genügend Reserven für die Zukunft, ohne die Steuern anzuheben.» Mit diesem Schlagwort versuchte die VU schon vor den letzten Wahlen für ihre angeblich solide und berechenbare Finanzpolitik zu werben. Inzwischen setzte aufgrund der auf Ausgaben statt auf Einnahmesicherung angelegten Finanzpolitik, die auf ein erhebliches Mass auch auf das Einlösen von Versprechungen zurückzuführen ist, der Abbau von Finanzreserven ein. Dass dieser Rückgriff auf die Reserven gerade zu einem Zeitpunkt erfolgt, in dem die Hochkonjunk-

tur dem Finanzminister Rekorderlösen aus verschiedenen Steuerarten beschert, wirkt sich nun, da die Abflachung der konjunkturellen Situation auch unser Land betrifft, in doppeltem Ausmass aus: Einerseits müssen die Sparanstrengungen gerade in einem Zeitraum erfolgen, wo der Staatshaushalt der Binnenswirtschaft gewisse Impulse verleihen sollte, andererseits verlangt der Staat Mehreinnahmen von den Bürgerinnen und Bürgern, denen damit weniger für ihre Konsumausgaben übrigbleibt.

### Mehrausgaben von 48 Mio. Franken jährlich

Die Finanzplanung rechnet für den Planungszeitraum 1993–1997 mit jährlichen Mehrausgaben von durchschnittlich 48 Millionen Franken pro Jahr. Diese Mehrausgaben sollen mit der Beschaffung von Mehreinnahmen und Ausgabenvermindernungen sowie mit Reservemitteln bestritten werden. Im Finanzplan ist dafür die folgende Berechnung vorgesehen:

- 16 Millionen Franken an Deckungsmitteln sollen durch «Finanzierung über Ausgabenvermindernungen und Entlastungen bei den Subventionen» beibracht werden.
- weitere 16 Millionen Franken erwartet der Finanzminister durch «Beschaffung von Mehreinnahmen durch Anpassung von Steuern und Abgaben».
- die dritte Tranche von 16 Millionen Franken soll durch den «Einsatz von Mitteln aus dem Investitionsfonds für die Deckung eigener Bauvorhaben» abgedeckt werden.

### Erhöhung von drei Steuerarten

In der Finanzplanung sieht der Finanzminister die Anhebung von drei verschiedenen Steuerarten vor. Einmal handelt es sich um die Anhebung der Motorfahrzeugsteuer um 20 Prozent,

was der Staatskasse rund 1 Millionen Franken an Mehreinnahmen bringen soll. Nach den im Finanzplan enthaltenen Angaben soll die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer nach der bereits in einer Landtagsvorlage enthaltenen Systemänderung erfolgen, wobei für schwerere Fahrzeuge die Bemessung nach dem Gesamtgewicht vorgesehen ist.

Einnahmen von 2 Millionen Franken soll die Erhöhung des Steueransatzes für die Vermögens- und Erwerbsteuer bringen, die praktisch alle Steuerzahlenden betreffen wird.

Schliesslich sieht die Regierung die Erhöhung der Mindestansätze für die besonderen Gesellschaftssteuern für Sitzunternehmen und Holdinggesellschaften von 1000 auf 1200 Franken vor. Aus dieser Anhebung des Mindestansatzes werden Mehreinnahmen von rund 13 Millionen Franken erwartet.

### Gemeinden erhalten 10 Millionen weniger

Neben den Steuererhöhungen plant die Regierung auch einen Ausgaben-Abbau auf breiter Front, der gesamthaft 16 Millionen Franken als Einsparungen bringen soll. Der Anteil der Gemeinden belief sich nach der Aufstellung der Regierung auf 10,2 Millionen Franken oder auf einen Anteil von 64 Prozent, während 5,8 Millionen Franken oder ein Anteil von 36 Prozent auf andere Subventionsempfänger entfällt. Für die Begründung dieses Ausgaben-Abbaus nimmt die Regierung Zuflucht zum Schlagwort zum Verursacherprinzip, obwohl der FDP-Abgeordnete Georg Schierscher die Regierung in den letzten Jahren mehrfach davor warnte, dass das Verursacherprinzip (vor allem im Bereich des Umweltschutzes) nicht zur Begründung von Mehreinnahmen für den Staat verwendet werden dürfe.

## Aktion der Tierbefreiungsfront

Gegen sieben Personen wurde ein Strafverfahren eingeleitet

(S. M.) – Der Kampf und die Anschuldigungen des «Vereins gegen Tierfabriken» und der international agierenden Tierbefreiungsfront (Animal Liberation Front) gegen S. D. Fürst Hans-Adam II. geht weiter: In der Nacht von Freitag auf Samstag wurden gegen vier Uhr landesweit an privaten als auch öffentlichen Bauten Plakate an Hausfassaden und Fensterfronten geklebt. Inhaltlich richten sie sich gegen den Schweinezuchtbetrieb der Domänenverwaltung in Österreich. Sieben Personen wurden auf frischer Tat beim Plakatekleben erappt und zur Identitätsfeststellung auf den Polizeiposten mitgenommen. Walter Bühler, Dienstchef der Sicherheitspolizei, bezeichnete diesen Vorfall als eine gezielte Aktion.

Sieben Männer und Frauen verschiedenen Alters wurden während einer Polizeipatrouille am Samstagmorgen gegen vier Uhr beim Plakatekleben erappt. Sie gehören alle der Tierbefreiungsfront an, sind im Grossraum Zürich wohnhaft und schweizerischer bzw. deutscher Nationalität.

### Vorwurf auf Plakaten

«Fürstliches Tier-KZ. Es genügt nicht, dass Fürst Adam II. erklärt, er sei kein Schweinemäster. In seinem Namen müssen tausende von intelligenten, empfindsamen Lebewesen in grausamen Gefängnissen dahinvegetieren – ohne vernünftige Notwendigkeit, nur damit sich gewisse Menschen noch billiger an zuviel Fleisch krankfressen können», lautet der Vorwurf auf den Plakaten, die landesweit um dieselbe Zeit von einer grösseren Gruppe angebracht wurden.

S. D. Fürst Hans-Adam II. zeigte sich am Montagmorgen überrascht, als er von dieser weiteren Aktion hörte. Denn bereits vor einigen Wochen verteilte der «Verein gegen Tierfabriken» in Liech-

tenstein Flugblätter, mit welchen der Landesfürst der Tierfalter angeschuldigt wird. «Ich nehme nicht an, dass sich da viel machen lässt», meinte S. D. Fürst Hans-Adam II. im Gespräch über die Folgen dieses erneuten Vorfalles. «Ich habe schon einmal Stellung dazu bezogen und das Verfahren wurde ebenfalls eingestellt.»

### Strafverfahren eingeleitet

Gegen die sieben Personen hingegen wird nun ein Strafverfahren eingeleitet, da ein Verstoß gegen das Staatsschutzgesetz vorliegt. Walter Bühler, Dienstchef der Sicherheitspolizei, über die Gründe: «Auf den angebrachten Plakaten fehlte das Impressum, hinzu kommt der Tatbestand einer Sachbeschädigung. Denn die Plakatkleber verwendeten einen Holzleim, der sich je nach Fassadenbeschaffenheit nicht mehr einwandfrei von den Hausfassaden entfernen lässt.» Bis Montag nachmittag nahm die Polizei 20 Tatbestände auf, der gesamte Tatdeliktstraher steht aber noch offen. Ebenfalls fand eine Strafsicherstellung im Auftrag des Landrichters statt: Die Täter mussten einen bestimmten Geldbetrag abgeben.

### Gründe dieser Aktion

Der Pressesprecher der Tierbefreiungsfront wie auch des «Vereins gegen Tierfabriken», Erwin Kessler, lässt über die Gründe dieser Aktion in einer Mitteilung des Vereins verlauten: «Weil die Liechtensteiner Polit-Lobby den «Verein gegen Tierfabriken» zum Schutz der Nutztiere» daran gehindert hat, an einem öffentlichen Ginda-Vortrag Bilder aus dem fürstlichen Schweine-KZ zu zeigen, hat nun die international agierende Tierbefreiungsfront in der Nacht auf Samstag im ganzen Fürstentum Plakate mit Bildern aus dieser Tierfabrik angeschlagen.»

## EG korrigiert ihre Wirtschaftsprognosen

Brüssel (AP) Die Europäische Gemeinschaft hat am Montag ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum aller zwölf EG-Staaten in diesem Jahr deutlich nach unten korrigiert. Der Vizepräsident der EG-Kommission, der Däne Henning Christophersen, sagte während einer Tagung der EG-Finanzminister in Brüssel, er erwarte lediglich ein Wirtschaftswachstum von unter einem Prozent.